

<b>Absender Verwaltung</b>	<b>Drucksachen-Nr. 807/2000</b>
	<input checked="" type="checkbox"/> <b>Öffentlich</b>
	<input type="checkbox"/> <b>Nicht öffentlich</b>
<b>Antrag</b>	
<b>der Fraktion, der Ratsmitglieder ▼</b>	<b>zur Sitzung des</b>
<b>Bündnis 90/ DIE GRÜNEN</b>	<b>Hauptausschusses am 05.12.2000</b>

### **Tagesordnungspunkt**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.11.2000 zum Stellenplan 2001**

#### **Inhalt:**

@->

#### **Stellungnahme der Bürgermeisterin**

##### **1. Erhöhung der Stelle im Kinderbüro auf 100 %**

In meiner Stellungnahme zum gleich lautenden Antrag für den Stellenplan 2000 ist angekündigt worden, durch personelle Veränderungen innerhalb der Produktgruppe 510 – Kinder- und Familienförderung – Aufgaben zu verlagern und mehr Freiräume für die bisherigen Aufgaben der Kinderbeauftragten zu schaffen.

Das ist auch geschehen. Eine Aufstockung über 25 Wochenstunden hinaus würde bedeuten, dass auf Grund familiärer Belange der jetzigen Stelleninhaberin eine weitere Fachkraft in dem Aufgabengebiet beschäftigt werden müsste. Dies erscheint auf Grund der Querschnittsaufgabe „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ nicht sinnvoll. Außerdem wäre die Einrichtung einer zusätzlichen 0,5-Stelle erforderlich.

##### **2. Einrichtung von 4 Gärtnerstellen**

Auf Grund eines Antrages der CDU-Fraktion vom 14.09.2000 ist in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr das Thema „Stadtbildpflege“ ausführlich behandelt worden. In der Stellungnahme der Verwaltung wurde u.a. dargelegt, dass die Verwaltung durch Maßnahmen im organisatorischen und personellen Bereich seit 1996 bestrebt ist, den Pflegestandard mit den gegebenen Mitteln zu halten und nach Möglichkeit zu verbessern.

Ziel ist es, wieder einen angemessenen und mit zweckmäßigen Schwerpunkten versehenen Unterhaltungsstandard zu erreichen und ohne Lücken zu halten.

Hinsichtlich einer evtl. angestrebten Standarderhöhung – und damit verbunden die Einrichtung zusätzlicher Stellen – wurde vorgeschlagen, die Entwicklung des ab 01.01.2001 einzurichtenden Eigenbetriebes etwa 2 Jahre abzuwarten. Anschließend wird die Verwaltung Vorschläge im Fachausschuss unterbreiten, deren Erforderlichkeit und Machbarkeit dann beraten werden kann. Bis zu diesem Zeitpunkt wird in mehreren Zwischenberichten über den Sachstand informiert.

An dieser Verfahrensweise sollte festgehalten werden.

### 3. Einrichtung von 3 Abfallberater-Stellen auf ABM-Basis

Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN hat mit Schreiben vom 20.11.2000 einen inhaltsgleichen Antrag für den Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr gestellt, der am 06.12.2000 tagt.

Beide Anträge stellen darauf ab, keine Stellen einzurichten, sondern zeitbegrenzt ABM-Kräfte einzustellen.

Da die Einstellung von ABM-Kräften keine Auswirkung auf den Stellenplan hat, ist die Zuständigkeit des Hauptausschusses grundsätzlich nicht gegeben.

Es sollte daher das Ergebnis der Beratungen im Fachausschuss abgewartet werden.

### 4. Einrichtung einer Stelle für einen Hydrogeologen

Der gleiche Antrag wurde auch bereits für den Stellenplan 2000 gestellt und im Hauptausschuss am 22.02.2000 behandelt.

Es wurde festgestellt, dass die Einrichtung einer Stelle für einen Hydrogeologen nicht erforderlich ist. Der mangelnde Bedarf begründet sich darin, dass keine Zuständigkeit für Grundwasserangelegenheiten besteht. Alle übrigen Aufgabenfelder werden von den Beschäftigten des Abwasserwerkes abgedeckt, sodass auf diese abwassergebührenwirksame Mehrausgabe in Höhe von 125.000,-- DM verzichtet werden kann.

An dieser Situation hat sich nichts geändert.

Im Übrigen bleibt festzustellen, dass für alle beantragten zusätzlichen Stellen im Personalbudget für 2001 keine Haushaltsmittel vorgesehen sind.

<-@

<b>Finanzielle Auswirkungen:</b>	
1. Gesamtkosten der Maßnahme:	
2. Jährliche Folgekosten:	
3. Finanzierung:	
- Eigenanteil:	
- objektbezogene Einnahmen:	
4. Veranschlagung der Haushaltsmittel:	
5. Haushaltsstelle: -	